

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt:
Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Tele-
fon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-,
Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Aus-
wertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich
DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung:
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

10. August 1968 - 64 / II
Einzelpreis DM 0.75

HEUTE SEITE 3: HINTERGRÜNDE DER USA-PRESSIONEN WEGEN KUBA-REISEN
SEITE 6: RECHTSANWALT MAHLER FREITAG VOR GERICHT - EXTRA-REPORT
SEITE 8: HELMUT SCHOECK - EIN IDEOLOGE DER REAKTION
SEITE 9: FNL-BERICHT ÜBER DIE US-NIEDERLAGE VON KHE SANH

WESTBERLIN: DER "GEWACHSENE STATUS" SCHRUMPF T

Die Tatsache und die Umstände der Verschiebung der Arbeitswoche des Bundestages in Westberlin Ende September haben in Westberliner Senatskreisen tiefe Bestürzung ausgelöst. Mißmutig hat man zur Kenntnis genommen, daß Kiesingers Bundesregierung "Berliner Belange hintanstellt", wenn es um eigene Interessen geht. Kiesinger sah sich auf Grund der wachsenden Auseinandersetzung um den Atomwaffensperrvertrag in seiner Dreiparteien-Regierung gezwungen, eine außenpolitische Debatte anzusetzen; die rasche Terminankündigung soll eine Klärung der Fronten bezwecken und die wegen des westdeutschen Zögerns, den Vertrag zu unterschreiben, unruhig gewordenen Amerikaner beruhigen. In Senatskreisen wurde daraufhin die Losung ausgegeben, der Kanzler und sein Kabinett hätten über dieser eigenen Problematik "Berlin einfach vergessen". Bonner Informationen hingegen besagen, daß die Verschiebung der Bundestagsarbeitswoche ins Kalkül der Bundesregierung paßt, die auf amerikanische Winke hin den "gewachsenen Status der Stadt" wieder schrumpfen lassen möchte. Vor allem außenpolitische Gründe sind dafür maßgebend: Bonn will der DDR und der UdSSR möglichst wenig Gelegenheiten geben, sich provoziert zu fühlen. Die Bundesregierung will erfahren haben, daß Ostberlin eine neue Westberlin-Kampagne in Gang setzen möchte mit dem Ziel, die durch die Ereignisse in der CSSR rissig gewordene sozialistische Front gegen die Bundesrepublik wieder zu schließen. Das würde nicht ins Konzept der "neuen Ostpolitik" Bonns passen. Die Verschiebung der Arbeitswoche des Bundestages soll ein Hinweis an die kommunistischen Staaten Osteuropas sein, daß Bonn diese Angelegenheit "so ernst nicht nimmt". Man will die Arbeitswoche dann einfach "nachholen" - und eine andere dafür ausfallen lassen.

KOMMUNE-PROZESS: OBERSTAATSANWALT KUNTZE IM ZEUGENSTAND

Der vormalige Leiter der Politischen Abteilung der Westberliner Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Kuntze, wird sich am Donnerstag im Zeugenstand öffentlich verantworten müssen. Im Prozeß gegen den früheren KI-Angehörigen Ulrich Enzensberger, der wegen Beleidigung und übler Nachrede zum Schaden Kuntzes angeklagt ist, will die Verteidigung den Wahrheitsbeweis für die von Enzensberger auf Flugblättern verbreitete Behauptung antreten, Oberstaatsanwalt Kuntze habe sich im Zusammenhang mit dem Brandstifterprozeß gegen Teufel und Langhans entweder der Verfolgung Unschuldiger oder der Begünstigung im Amt schuldig gemacht. Die inzwischen berühmt gewordenen

"Brenne, Warenhaus, brenne"-Flugblätter, deretwegen Teufel und Langhans in spektakulären Verhandlungen vor Gericht mußten, waren von der gesamten Kommune I, deren Mitglieder der Staatsanwaltschaft bekannt waren, unterzeichnet worden. Dennoch hatte man nur Teufel und Langhans angeklagt. Entweder, so argumentierte Enzensberger auf steckbriefartig aufgemachten Flugzetteln, habe sich der Ankläger der Begünstigung im Amt schuldig gemacht, da er nicht die gesamte, gemeinschaftlich verantwortliche Kommune vor Gericht gebracht habe, oder er habe Unschuldige, also Teufel und Langhans, widerrechtlich der Strafverfolgung ausgesetzt. Die Staatsanwaltschaft hatte wegen der Anti-Kuntze-Flugblätter lediglich Anklage wegen Beleidigung erhoben: Bei dieser Anklage wäre juristisch ein Wahrheitsbeweis der Verteidigung nicht möglich. Das Gericht erweiterte die Anklage auf üble Nachrede, so daß Kuntze jetzt als Zeuge gehört werden kann.

TEUFEL-REVISION: BGH SETZT HAUPTVERHANDLUNG AN

Die Revisionsverhandlung im Verfahren wegen schweren Landfriedensbruchs gegen Fritz Teufel wird am 10. September, 11 Uhr, vor dem Westberliner Senat des Bundesgerichtshofes in der Witzlebenstraße (Saal 210) stattfinden. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen das freisprechende Urteil des Landgerichts Revision eingelegt. Die Tatsache, daß der Bundesgerichtshof eine Hauptverhandlung angesetzt hat, deutet darauf hin, daß zumindest einer der Richter das staatsanwaltschaftliche Revisionsbegehren für erwägenswert hält.

ERLANGEN: SOLIDARITÄTSAKTION FÜR SOLDATEN

Die Außerparlamentarische Opposition Nürnbergs, Münchens, Regensburgs und Erlangens hat für den heutigen Sonnabend zu einer Solidaritätsaktion für den Bundeswehrgefreiten W. Listl aufgerufen. Listl hatte auf einer Straße in München in Uniform Flugblätter verteilt, in denen er auf die verabschiedeten Notstandsgesetze hinwies und Soldaten und Reservisten aufrief, nicht auf Arbeiter und Studenten zu schießen und im Ernstfall entsprechende Befehle zu verweigern. Listl wurde zu 16 Tagen Arrest verurteilt und sitzt seit dem 2. August in Hemau, Nähe Regensburg, ein. Die Republikanischen Clubs in Bayern sowie der LSD werden heute mit Bussen nach Hemau fahren und ab 10 Uhr vor der Kaserne demonstrieren. Im Aufruf heißt es: "Wir dürfen jetzt nicht die alleine lassen, die ihren Widerstand ernst genommen haben und dafür auch persönliche Nachteile in Kauf nehmen."

SPD CHARLOTTENBURG: VORSITZENDER SOLL SICH VERANTWORTEN

Der amtierende Kreisvorsitzende der Charlottenburger SPD, Wolf Tichel (der das Amt kommissarisch für den vom Schiedsgericht suspendierten Ristock verwaltet), wurde für den kommenden Montag vor den Landesvorstand der SPD zitiert. Tichel soll erklären, warum er gegen die Mitglieder der 4. Abteilung in Charlottenburg nicht vorgegangen ist, die ihr aus der SPD ausgeschlossenes Mitglied Jürgen Gerull weiter als Genossen betrachten und zu ihren Veranstaltungen zulassen.

PERSONALIEN

PROF. MATTHES, Soziologe an der Universität Münster, hat seine Unterschrift unter das reaktionäre Manifest von Marburg zurückgezogen: "Als deutlich wurde, daß sich um das sig. Marburger Manifest eine spezifisch hochschulpolitische Position zu bilden begann, die sich nicht nur gegen die undifferenzierte Anwendung des Repräsentationsprinzips wendet, sondern zugleich durchgreifende strukturelle Reformen der Hochschulen - übrigens entgegen dem Wortlaut des Manifests - überhaupt ablehnt", nahm er seine Zustimmung mit einem Brief an den Kreis der Verfasser zurück.

PROF. WALTER GROTTIAN, Staats- und Völkerrechtler aus Würzburg, fand am Wochenende in Königstein (Taunus) das Wohlgefallen von rund 300 Exil-Katholiken aus den sozialistischen Staaten Osteuropas, die hier ihren 18. Kongreß "Kirche in Not" abhielten, als er von der "Kapitulanten-Außenpolitik" Willy Brandts sprach. Grottians Referat, das dem Kongreß antikommunistische Würze gab, verstieg sich später zu der "wissenschaftlichen" Behauptung, während des Dritten Reiches habe bis zum Jahre 1938 jeder Deutsche ungehindert ins Ausland reisen können, wenn er dies wollte.

KUBA-REISEN: WIE DER BOYKOTT ZUSTANDEKAM

EXTRA-Dienst 61/II berichtete über die Schwierigkeiten, die Kuba-Reisenden in diesem Jahr gemacht werden. Inzwischen sind uns weitere Einzelheiten bekannt geworden. Zu Beginn des Jahres wurden von den Reisebüros zwei Routen nach Kuba angeboten. Eine wurde von der Gesellschaft Cetetour organisiert und verband einen dreiwöchigen Aufenthalt im Touristencamp Jibaco mit einigen Besichtigungsreisen durch das Land - ein Programm, das, vor allem in Frankreich, seit Jahren angeboten wurde. Hin- und Rückflug erfolgten jeweils mit Chartermaschinen der spanischen Spanair. Die zweite Tour mit ähnlichem Programm wurde von Airtour in Verbindung mit der französischen Studentenreiseorganisation A. L. R. J. veranstaltet; Airtour ist keineswegs eine konspirative Organisation, sondern der Zusammenschluß der größten französischen Reisebüros. Die Flüge sollten von der britischen Caledonian Airways ausgeführt werden.

Die Schwierigkeiten begannen, als die britische Gesellschaft sich um Starterlaubnis bemühte. Bis auf Frankreich lehnten alle europäischen Länder ab, und Frankreich stellte auch nur 8 von 20 beantragten Genehmigungen aus, alle auf den Flughafen Mulhouse. Das Programm mußte zum ersten Mal reduziert werden. Eine Woche vor dem ersten Flugtermin Anfang Juni teilte Caledonian Airways den französischen Veranstaltern dann mit, daß sie sich unter dem Druck der amerikanischen Regierung gezwungen sehe, alle Reisen zu stornieren. Zur gleichen Zeit begannen auch die Schwierigkeiten für den zweiten Veranstalter, Spanair. Die Starterlaubnis wurde nur noch für einzelne Flüge gegeben, einer ging ab Brüssel, einer ab Barcelona. Jetzt begann auch eine gezielte Kampagne, die darauf abzielte, Touristen für Kuba als Guerilla-Lehrlinge auf dem Wege in ein Trainingslager abzustempeln. Als Vorwand diente der Flug einiger hundert europäischer Studenten in das Camp "Lager des 5. Mai" (siehe weiter unten). Unter dem Eindruck dieser Kampagne verbot die Pariser Regierung am 30. Juli ab sofort alle Flüge nach Kuba. Für Spanair war damit nur noch der Flughafen von Prag offen - aber auch der konnte nicht mehr genutzt werden, da die Madrider Regierung jetzt auch auf US-Kurs ging und ihrer staatlichen Fluggesellschaft den Transport von Touristen nach Kuba untersagte. Daraufhin mußten alle Flüge storniert werden.

KUBA-LAGER: "WIR ARBEITEN IN DEN KAFFEE-PLANTAGEN"

Die abenteuerlichen Versionen über die Ausbildung europäischer Studenten in kubanischen Armeelagern wurden in einem Leserbrief an die französische Zeitung "Le Monde" von zwei Mitgliedern des französischen Vietnam-Komitees, die in Kuba weilten, richtiggestellt: "In der Tat hielten wir uns im "Lager des 5. Mai", zwei Autostunden von Havanna entfernt, auf. Das Lager wurde zu Ehren von Karl Marx so genannt, der an diesem Tag 100 Jahre alt geworden wäre. Wir haben nichts anderes gemacht, als in den umliegenden Kaffeeplantagen gearbeitet, wir nahmen an einigen Vorträgen und Diskussionen teil: Kubanische Intellektuelle, Offiziere und Techniker unterrichteten uns über die Probleme der kubanischen Revolution, über die Situation in Lateinamerika und über die kubanische Solidarität mit der Dritten Welt, beispielsweise mit Vietnam. Wir waren Gäste der kubanischen Regierung, aber wir arbeiteten dafür. Und wir hatten Gelegenheit, Verbindung mit der kubanischen Revolution aufzunehmen, aber wir wurden nicht mit subversiven Methoden in einem Trainingscamp für Guerillas geschult. Was wir also verurteilen, ist nicht die "unzulässige Einmischung Kubas in die inneren Angelegenheiten Frankreichs", sondern die permanenten Pressionen der amerikanischen Regierung und des US-Geheimdienstes CIA auf europäische Fluggesellschaften mit dem Ziel, sie zu hindern, junge Europäer nach Kuba zu fliegen. Die "unzulässige Einmischung" ist jene der amerikanischen Regierung in die Angelegenheiten europäischer Länder".

ANGOLA: DRITTE FRONT DER FREIHEITSBEWEGUNG

Das Politbüro der "Volksbewegung für die Befreiung Angolas" (MPLA) hat in den beiden letzten Monaten der portugiesischen Kolonialregierung eine "dritte Front" in Angola entgegengesetzt. Gleichzeitig wurde der Sitz der Befreiungsbewegung aus Kongo-Brazzaville wieder nach Angola verlegt. Die MPLA kontrolliert derzeit Gebiete von 800 Kilometer Länge und 500 km Breite mit 100 000 Bewohnern. Bisher kämpften Partisaneneinhei-

ten in der Enklave Cabinda und im Norden des Landes nahe der Hauptstadt Luanda. Die dritte Front entstand jetzt im Osten Angolas. - Nach dem Vorbild der südvietnamesischen Befreiungsfront haben die angolesischen Truppen in den befreiten Gebieten Selbstverwaltungsorgane gebildet. Diese "Volksräte" haben Aufgaben auf dem Gebiet der allgemeinen Verwaltung, der Justiz, des Bildungs- und Gesundheitswesens übernommen. Auch die Wirtschaft des Landes wird angekurbelt, wobei die bevorzugte Form die des Tauschhandels ist, da die portugiesische Währung nicht anerkannt, eine eigene noch nicht geschaffen werden konnte. Die Partisanen führen aus den benachbarten Ländern Salz, Seife, Stoffe und andere Konsumgüter ein und tauschen von der Bevölkerung Landesprodukte. Die Volksräte haben dafür offizielle Märkte eröffnet. - In den portugiesischen Kolonien Angola, Mozambique und Guinea-Bissau stehen derzeit rund 200 000 portugiesische Soldaten rund 40 000 Partisanen gegenüber, von denen zwei Drittel in Angola kämpfen.

CSSR-WIRTSCHAFT: WACHSTUMSINDUSTRIE ANKURBELN

Voraussetzungen für die inneren Reformen der CSSR sind, so sagen Experten der CSSR, Veränderungen der Wirtschaftsstruktur des Landes, die in den letzten Jahren stark vernachlässigt wurden. Die maschinelle und technologische Ausstattung der tschechoslowakischen Industrie ist in vielen Fällen veraltet. Marktgerechtes und kostengünstiges Angebot kann daher oft nicht erfolgen. Bei den Gesprächen mit der Sowjetunion wurde der Prager Wunsch vorgetragen, innerhalb der Comecon-Verbindungen die Investitionen im Bereich der Grundstoffindustrien zu drosseln und andere Schwerpunkte zu setzen. Die UdSSR hat diesen Wünschen im Prinzip zugestimmt. Im September wird eine Comecon-Tagung stattfinden, auf der neue Kontrollziffern ausgehandelt werden sollen. Die CSSR möchte - was von der DDR nicht gern gesehen wird - Wachstumsindustrien wie die der Chemie, der Elektronik, der Elektrotechnik sowie der Datenverarbeitung vorantreiben, ferner sollen traditionelle CSSR-Industrien wie die Holzverarbeitung und die Porzellanindustrie, weil exportintensiv, stark gefördert werden. Absatzmöglichkeiten dafür sollen sowohl im Osten wie im Westen gesucht werden. Im Zuge der Wirtschaftsreform werden vom Wirtschaftsrat der Prager Regierung einzelne Industrie-Unternehmungen ermuntert, Verbindungen mit Firmen in Ost und West zu suchen, um Produktionslizenzen und technologische Verfahren kooperativ zu nutzen.

OSTBERLIN: GEDENKSTÄTTE FÜR SPANIENKÄMPFER

Am 7. September, dem Vorabend des in der DDR gefeierten "Gedenktages für die Opfer des Faschismus", wird im Volkspark Friedrichshain in Ostberlin eine Gedenkstätte für die deutschen Spanienkämpfer eingeweiht. Mitte dieser Woche begann der Aufbau der zentralen Plastik. Prof. Fritz Cremer schuf eine überlebensgroße Figur; sie zeigt einen aus einem Graben springenden Kämpfer der Internationalen Brigaden. Das Denkmal soll das Andenken der mehr als 6000 Deutschen ehren, die im spanischen Bürgerkrieg auf der Seite der Republik gegen Franco und die faschistischen Söldner aus Deutschland und Italien kämpften; 3000 Antifaschisten fielen in Spanien.

FRANKFURT: "ANTI-NAZI-SPRAY" BESCHLAGNAHMT

Die Polizei hat im Frankfurter Hippie-Shop "Pudding Explosion" 39 Raumspray-Dosen mit der Aufschrift "Anti-Nazi-Spray" beschlagnahmt. Die Kriminalpolizei gab zur Begründung an, die Dose trage ein Hakenkreuz und verstoße damit gegen die Verordnung über die "Zurschaustellung verbotener Symbole". Hippie-Shop-Inhaber Peter Maenz hat inzwischen 38 Dosen zurückerhalten; er darf sie verkaufen, wenn er das Hakenkreuz überklebt. Eine Dose behielt die Kripo als Beweisstück ein.

POLIZEIEINSATZ FRIESENSTRASSE: ARMENRECHT BEWILLIGT

Die 1. Kammer des Westberliner Verwaltungsgerichts hat dem 22jährigen Studenten der Staatlichen Ingenieur-Akademie Beuth, Günter T., das Armenrecht für seine Klage gegen das Vorgehen der Polizei am Ostersonntag 1968 in der Friesenstraße bewilligt und ihm einen Rechtsanwalt beigeordnet. Damit hat das Gericht eine Vorentscheidung über

die Rechtswidrigkeit des Polizeieinsatzes getroffen: Das Armenrecht kann nur bewilligt werden, wenn eine Klage "hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet". Günter T. und seine Ehefrau waren am Abend des 14. April in der Friesenstraße von Polizeibeamten ohne Grund aus ihrem Wagen gezerrt und mißhandelt worden. Dabei hatte Günter T. zwei Zähne verloren. An seinem Kraftfahrzeug hatten die Polizeibeamten die Scheinwerfer und die Heckscheibe zerstört und mit ihren Schlagstöcken auf das Dach und eine Tür des Wagens geschlagen. Dabei ist ein Schaden von rund 1300 DM entstanden. Günter T. hat mit Unterstützung der Humanistischen Union bereits am 16. April 1968 Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben, um die Rechtswidrigkeit des Vorgehens der Polizei gegen ihn feststellen zu lassen. Er hat erhebliche Schadensersatzansprüche geltend gemacht.

HAMELN: REPUBLIKANISCHER CLUB GEGRÜNDET

Der 46. Republikanische Club in der Bundesrepublik wurde jetzt in Hameln gegründet. Anschrift: RC Hameln, 325 Hameln, Flößergang 6, z. Hd. Klaus-Dieter Suhr. Laut Satzung fühlen sich "die Mitglieder den republikanischen Traditionen verpflichtet und verstehen sich als Teil der politischen Linken". Der RC bildete vorerst drei Arbeitsgruppen, die sich mit "Schule und Erziehung", "Sexualität und Herrschaft" sowie "Mitbestimmung und Selbstverwaltung der Arbeitnehmer" beschäftigen.

U-ASTA: PRESSEERKLÄRUNG ZUM URTEIL DES VERWALTUNGSGERICHTS

Das "salomonische" Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts in Sachen AStA-Gebühren hat alle entscheidenden Fragen offengelassen. Auch das Rektorat der Freien Universität äußerte sich der Presse gegenüber sehr unbefriedigt über das Ergebnis. Während die Stellungnahme des Rektorats in entscheidenden Passagen gebracht wurde, unterschlugen die meisten Zeitungen (wieder einmal) die Presseerklärung der Studentenvertretung. EXTRA-Dienst bringt sie im Wortlaut: "Das Verwaltungsgericht Berlin hat heute das Urteil gefällt, daß die Universität die Rückmeldung der Studenten nicht von der gleichzeitigen Zahlung der Beiträge für die studentische Selbst- und Mitverwaltung abhängig machen darf. Damit ist noch nicht in Frage gestellt, daß die Beiträge von DM 9.50 für die Studentenvertretung gezahlt werden müssen und die Universität verpflichtet ist, diese einzutreiben. Es ist der Universität allerdings versagt, dabei die 'Strafe' der Streichung aus der Liste der Studierenden anzuwenden. Das Urteil ist irrelevant im Zusammenhang weitergehender politischer Fragen, die durch die Garnatz-Klage aufgeworfen wurden: Fragen der Rechtmäßigkeit des Zwangsverbandes Studentenschaft und dessen politischem Mandat. Da nun zu befürchten ist, daß die Universitätsverwaltung zu anderen Sanktionen greifen wird, fordern wir jetzt schon, daß die Universität bei der Erfüllung ihres Haushaltsplanes auf Beiträge der sozial unterprivilegierten Studenten verzichtet.

Die Tätigkeit der studentischen Selbst- und Mitverwaltung ist Teil der Funktion der gesamten Universität und es ist daher nur selbstverständlich, daß die Universität die finanziellen Lasten ihrer Aufgaben selber trägt."

RECHTSEXTREMISTEN: "AKTION FREIES BERLIN" MACHT PROPAGANDA

Mit Lautsprecherwagen und Tausenden von Handzetteln, die in der City verteilt werden, versucht eine "Aktion Freies Berlin" von sich reden zu machen. Hinter dieser Aktion steckt die extrem-antikommunistische "Vereinigung der Opfer des Stalinismus", der auch NPD-Mitglieder angehören. Mit dem Slogan "Unruhe ist die erste Bürgerpflicht" wird zu einer Kundgebung am kommenden Dienstag, 20 Uhr, im Schultheiß am Fehrbelliner Platz aufgerufen. "Sollen wir die Zeche für die schleichende Kapitulation auf Raten zahlen? - Nein! Unser Schicksal ist nicht nur Sache der Alliierten. Berliner - helft Euch selbst!" heißt es in einem Aufruf. Zu der Dienstags-Veranstaltung sollen auch Vertreter der drei im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien eingeladen worden sein. Außerdem "spricht ein Angehöriger einer Berliner Studentengruppe". Flugblattverteiler auf dem Kurfürstendamm, von Passanten nach dem Sinn der "Aktion Freies Berlin" befragt, erklärten: "Wir wollen jetzt auch mal von rechts her ein bißchen Rabatz machen." Auf die Frage, ob die NPD hinter dieser Aktion und der Kundgebung stecke, wurde geantwortet: "Wenn die NPD bei uns mitmacht, ist uns das auch recht. Lieber dreimal braun als einmal rot."

DER MANN MIT DEM GOLDENEN HERZEN / VON MARTIN BUCHHOLZ

"Wir Deutschen, die wir als einzige auf der Welt eine anständige Einstellung zum Tier haben, werden auch zu diesen Menschentieren anständig sein..." (Heinrich Himmler vor SS-Offizieren über ausländische Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge)

Eine anständige Einstellung zum Tier: Dafür sorgt in der Bundesrepublik ein Mann, der als Präsident des Deutschen Tierschutzbundes vor ein paar Jahren vorschlug, der Bundespräsident möge auch Tiere, die Menschenleben gerettet hätten, mit Orden versehen. Er hat als Präsident eine goldene Standarte an seinem Wagen als Zeichen eines goldenen Herzens, in dem viel Platz für wilde und milde Tiere ist.

Am Rande hat er sich auch mit den von Himmler zitierten "Menschentieren" zu beschäftigen, wenn auch nur mittelbar: Er ist als Rechtsanwalt ein begehrter Verteidiger in NS-Prozessen, so auch im Frankfurter Auschwitz-Prozeß. Sein Name: Dr. Stolting II.

Die römische Zwei hinter diesem deutschen Namen fehlte noch, als Stolting sich einst hauptberuflich mit "Menschentieren" zu beschäftigen hatte: In den Jahren 1941 und 42, als er noch auf der anderen Seite der Justiz tätig war - als Staatsanwalt beim Sondergericht in Bydgoszcz (Bromberg) in Polen. Dort schützte der Mann mit dem goldenen Herzen und der goldenen Standarte schon damals Tiere: So beispielsweise, als auf seinen Antrag hin am 17. August 1942 der polnische Landwirt Wladislaus Hadzicki zu einem Jahr Straflager verurteilt wurde, weil er einen Eber ohne Betäubung kastriert hatte. Und er versorgte polnische "Menschentiere" mit einer "anständigen Behandlung" in Himmlers Sinne...

Einige westdeutsche Tierschützer ohne goldene Standarten empörten sich öffentlich, als die Vergangenheit des Auschwitz-Verteidigers ruchbar wurde. Stolting II trat die Flucht nach vorn an: Er klagte gegen seine "Verleumder". Unter anderem auch gegen den Vorsitzenden des Deutschen Katzenschutzverbandes, Bruno Schulz. "Katzen-Schulz", wie er in Tierschützerkreisen genannt wird, wurde von dem Vorwurf der Beleidigung freigesprochen. Sein damaliger Verteidiger hingegen, Rechtsanwalt Mahler, handelte sich dafür eine neue Stolting-Anklage ein: Mahler hatte in einem Schriftsatz erklärt, sein Mandant habe im Gegensatz zu Stolting niemals Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen und an Terrorurteilen mitgewirkt.

Das Frankfurter Strafgericht eröffnete inzwischen das Hauptverfahren gegen Mahler: Am kommenden Freitag, den 16. August, steht also der Anwalt zum erstenmal als Angeklagter vor Gericht...

Recht geschieht ihm: Wie kann der Präsident einer humanitären Groß-Organisation jemals Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben? Wie kann ein deutscher Staatsanwalt jemals an Terrorurteilen mitgewirkt haben?

Will man so etwa die gerichtliche Entscheidung gegen zwei 16- und 19jährige Polinnen nennen, die auf Stoltings Antrag hin zu drei Monaten Straflager verurteilt wurden? Schließlich hatten sie - so Stolting in seiner Anklage - "das deutsche Volksempfinden gröblichst verletzt, indem sie einem englischen Kriegsgefangenen 1/8 Pfund Bonbons" zusteckten.

Oder das Urteil gegen den polnischen Arbeiter Broczikowki, der als Postaus Hilfskraft einige Pakete und Postkarten nicht ausgetragen hatte und sich Portokosten bis zu einer Reichsmark in die eigene Tasche gesteckt hatte? "Sieben Jahre verschärftes Straflager" waren gerade genug, diese Tat zu sühnen.

Oder das Urteil gegen den Dachdecker Kolaszinski, der für "zwei Jahre verschärftes Straflager" Gelegenheit bekam, über sein Verbrechen - er hatte sich fünf Reichsmark von einer Bekannten frech erschwindelt - nachzudenken?

Oder schließlich das Stoltings Geschmack nach viel zu milde Urteil gegen einen Tischler und einen Schlosser, die wegen Diebstahls für zehn bzw. neun Jahre ins Zuchthaus mußten? Ein Terrorurteil, wo doch Stolting "gegen beide Angeklagte die Todesstrafe aus Paragraph 4 der Volksschädlingsverordnung" beantragt hatte?

Tiere zu schützen, aber Schädlinge, gar "Volksschädlinge", zu vernichten: darin sah Stolting seine ehrenvolle Pflicht. Und wenn ihm das auf dem juristischen Wege nicht gelang, wußte er sich anders zu helfen.

Das beweist der Fall des Stanislaus Dudziak, den die Geheime Staatspolizei am 16. September 1942 in Stoltings Büro brachte. Dudziak beteuerte seine Unschuld, aber Stolting

läßt im Protokoll vermerken: "Der Beschuldigte ist verdächtig, die Ermordung des Volksdeutschen Heise durch polnische Polizisten am 3. 9. 1939 veranlaßt zu haben." Das Gericht fand diesen "Verdacht" nicht bestätigt: Es sprach Dudziak frei. Ein Schreiben der Untersuchungshaftanstalt Bromberg teilt der Staatsanwaltschaft am 9. Oktober mit: "Der Dudziak Stanislaus ist heute um 18 Uhr aus der Untersuchungshaft nach der Gestapo Bromberg entlassen worden." Und am 10. Oktober bestätigt die "Geheime Staatspolizei - Staatspolizeistelle Bromberg" der Staatsanwaltschaft die Überführung Dudziaks in "Polizei-Arrest".

Wie konnte das geschehen, nachdem der Mann freigesprochen worden war? Stolting schweigt, doch sein Opfer, Stanislaus Dudziak, der seinen früheren Ankläger im Polnischen Fernsehen bei einem Bericht über den Frankfurter Auschwitz-Prozeß wiedererkannte, erklärte eidesstattlich:

"Nach der Freisprache des Sondergerichts blätterte Staatsanwalt Stolting eifrig in meinen Akten und sagte dann, daß, wenn ich schon neun Monate in der Gestapo saß, dann habe ich bestimmt etwas ausgefressen. Dann zitierte er einen Paragraphen und sagte, daß ein solcher Mensch ein Feind des Dritten Reiches ist und daß er mich an die Gestapo zurückweisen läßt." Die Gestapo "verwies" Dudziak dann ins Konzentrationslager Mauthausen, aus dem er bei Kriegsende befreit wurde.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Nicht Stolting sitzt am kommenden Freitag auf der Anklagebank, sondern Rechtsanwalt Mahler. Wie man hört, ist Mahler noch nicht einmal einfaches Mitglied des Tierschutzbundes. Und das will ein Mensch sein.

EXTRA-DOKUMENTATION

"ZEIT": ANTWORT AUF DEN "OFFENEN BRIEF" DES RC WESTBERLIN

Der "Zeit"-Chefredakteur, Marion Gräfin Dönhoff, antwortete dem Westberliner Republikanischen Club auf dessen "Offenen Brief" (EXTRA-Dienst 60/II), den die "Zeit" nicht abdruckte. Die Stellungnahme der Gräfin veröffentlichen wir nachstehend im Wortlaut:

"Ich glaube, Sie irren sich, wenn Sie meinen, daß eine Analyse der politischen und ökonomischen Hintergründe der Kämpfe in Nigeria zu der Feststellung kommen müßte, 'daß der Genozid in Biafra vor allem das Produkt einander bekämpfender ökonomischer Interessen - der französischen SAFRAP und der englischen Shell-BP - ist, ein Produkt, das man solange verschwieg, wie es nicht öffentlich zum Himmel stank.'

Ich hatte ursprünglich die Absicht, der Darstellung - 'ohne ideologischen Überbau' - wie ich ihn in der 'Zeit' schrieb, einen zweiten Artikel zur Seite zu stellen, nämlich dieselben Ereignisse aus der Sicht, beispielsweise, des Republikanischen Clubs. Darin hätte dann in der Tat alles gestanden, was Sie jetzt vermissen: Die Konspiration internationaler Wirtschaftsinteressen, die dunklen Machenschaften der Ölgesellschaften, die Gier der alten Kolonialmächte, usw. Dies ließ sich dann aber aus platztechnischen Gründen leider nicht machen.

Doch bin ich der Meinung, daß diese Darstellung zwar für viele recht einleuchtend, aber dennoch falsch gewesen wäre. Es läßt sich nicht nachweisen, daß die Ölgesellschaften in der ganzen Angelegenheit initiativ waren; daß sie andererseits, nachdem der Krieg einmal ausgebrochen war, versuchten, ihre Interessen zu wahren, ist nicht weiter verwunderlich. Übrigens spielen die französische SAFRAP und die italienische ENI eine vergleichsweise kleine Rolle; den Hauptanteil besitzt die Arbeitsgemeinschaft Shell-BP.

Im übrigen schreibt die von Ihnen als Kronzeugin herangezogene NZZ in ihrer Ausgabe vom 6. Juli 1968: 'Nach diesem sowjetischen Engagement (Dezember 1967) und nachdem sich gezeigt hatte, daß der Widerstand Biafras stärker als erwartet und mit einem Blitzsieg über die Rebellen nicht zu rechnen sei, folgte bald eine Eskalation der britischen Waffenlieferungen, wobei auch Kampfflugzeuge für den Export nach Nigeria freigegeben wurden.'

Wenn Sie schon die politischen und ökonomischen Hintergründe des Geschehens in Nigeria analysieren wollen, dann darf man die Bedeutung der sowjetischen Waffenlieferungen, die Grund für die Eskalation der englischen Lieferungen waren, und die nach Aussage

der NZZ heute 70 Prozent der Waffenzufuhr darstellen, nicht einfach übergehen. Mir ging es darum zu zeigen, daß - dahingestellt, ob Konspiration und Machenschaften vorlagen oder nicht - angesichts der politischen Weltsituation aus Leichtfertigkeit Katastrophen werden können, aus Stammesfehden Genozid; daß jeder Konflikt - auch der sozusagen zufällig begonnene - zum Desaster werden kann, eben weil dann jeder versucht, an diesem Feuer sein Süppchen zu kochen."

EXTRA-AUSLESE

HELMUT SCHOECK - EIN IDEOLOGE DER REAKTION / VON HANNES SCHWENGER

"Die Vernichtung von Obst und Gemüse im Bereich der EWG, zwecks Preisstützung, erregt dieser Tage viele Gemüter", konstatiert in einem Leitartikel der "Industriekurier". An sich, meint das Unternehmer-Blatt, werfe zwar die Obstschwemme "nur eine recht alte Frage auf". Aber: "Gefährlich an dieser Sachlage ist vor allem dies: Es gibt viele Leute, in erster Linie berufsmäßige Gesellschaftskritiker, die sagen: Seht, wie sinnlos der Markt ist, zu welcher Vergeudung dieses System führt! Wieviel besser wäre es doch, könnten wir mit Marx, von jedem nach seinen Fähigkeiten, für jeden nach seinen Bedürfnissen produzieren..." Selbst Bundestagsabgeordnete, klagt der "Industriekurier" weiter, ließen sich jetzt schon zu Protesten gegen die Vernichtung von Lebensmitteln hinreißen. Wie gut ist es da, daß wenigstens der "Industriekurier" sich bewußt bleibt, "wie wenig die Ablösung des Marktes durch Mitleid und Menschenliebe die Dinge ändert... Wir müssen es uns abgewöhnen, Produktionsspitzen von Obst und anderen landwirtschaftlichen Produkten als metaphysisch für die ganze Menschheit zu verwaltende Güter anzusehen."

Der Verfasser dieser zynischen Zeilen, mit denen die dringendsten physischen Bedürfnisse der Menschen als Metaphysik denunziert werden, ist der Mainzer Soziologe Helmut Schoeck. Mit seinem Werk "Der Neid - eine Theorie der Gesellschaft" hat er sich schon vor zwei Jahren als Ideologe der kapitalistischen Wirtschafts- und Herrschaftsordnung empfohlen. Schoeck hält den Neid für einen physischen Grundtrieb des Menschen; seine Quelle sei das Minderwertigkeitsgefühl des tatsächlich Minderwertigen gegenüber dem beneideten Überlegenen. Neid sei darum nicht - wie etwa Eifersucht - stillbar, weil er sich ja stets auf objektiv nichterreichtbare Vorzüge des Überlegenen richte. Dazu zählten auch soziale Unterschiede. Schoeck liefert eine Interpretation der menschlichen Sozialgeschichte als eines stetigen Kampfes zwischen Neidern und Beneideten, wobei Klassenunterschiede und Privateigentum (auch an Produktionsmitteln) als objektiv gerechtfertigt und notwendig erscheinen. Nur wo es gelinge, begabten Einzelnen unbeeinträchtigt vor Neid der anderen den Aufstieg zu Verfügungsgewalt und Privilegien zu ermöglichen, sei eine gesellschaftliche Aufwärtsentwicklung möglich. Dies sei im europäischen Kapitalismus gelungen: "Die sogenannten entwickelten Länder und Kulturgebiete haben im wesentlichen den Durchbruch zur stetig sich verbessernden Wohlstandsgesellschaft und technischen Umweltbeherrschung vollzogen, weil sich die Furcht aller vor dem Neid aller aus bestimmten soziologischen, religiösen und demokratischen Gründen weitgehend eindämmen ließ." Aber auch in diesen Ländern sei der Neid schon wieder am Werk, den begonnenen Aufbau zu zerstören: Da seien vor allem "die neidgetriebenen Klassenkonflikte", die von "linkssentimentalen Autoren" durch "ein stetiges Diffamieren der Wohlstandsgesellschaft" geschürt würden. Schoeck tadelt die "empfindsamen Abendländer etwa seit Mitte des 18. Jahrhunderts", weil sie "allmählich vor dem Neid der anderen die Nerven verloren" hätten. Der Abstieg des Abendlandes beginnt für ihn mit der französischen Revolution und ihrem "Abbau einst fraglos legitimierter Hierarchien". Er setzt sich fort mit dem Abbau der "kolonialen Rechtsordnung". Schoecks Analyse der Revolution der Dritten Welt liest sich so, daß "die Revolutionäre paradoxerweise den Neid des Mobs oft gerade auf diejenigen Einrichtungen und Personen lenkten, die zwar Neid erregt haben mögen, aber zugleich die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Entwicklung gewesen waren: Auf Export-Import-Kaufleute, ausländische Firmen, einheimische Landsleute, die es dank besonderer Dienstleistungen zu etwas mehr gebracht hatten." Zum Beweis sind Helmut Schoeck selbst die größten antikommunistischen Greuelgeschichten nicht

zu schlecht. Er zitiert Berichte, wonach in Nordvietnam "systematisch dort von Dorf zu Dorf die erfolgreicherer, tüchtigeren und begabteren Leute durch die angestifteten Schlägertypen erledigt" worden seien.

Daß Schoeck die koloniale Revolution nicht als Beseitigung fremder und einheimischer Ausbeuter, sondern bloß als Ausrottung der Begabtesten-Erfolgreichsten begreift, ist nur folgerichtig: Denn ebenso, wie für ihn die Nahrungsmittel nicht kollektiv für die ganze Menschheit verwaltet werden, gehören bei ihm auch die Produktionsmittel und natürlichen Ressourcen eines Landes demjenigen, der sie zu erobern vermag. Schuldgefühle gegenüber den Ausgebeuteten sind darum nichts als "Masochismus des Abendländers".

Dem Sozialismus unterstellt Schoeck pauschal, er fordere die totale Nivellierung aller individuellen, nicht nur der materiellen Unterschiede zwischen den Menschen. Und er fühlt sich bestätigt durch die Feststellung, daß dies unmöglich ist: "Man könnte ja am Ende genausowenig die Unterschiede im Besitz und der Verfügungsgewalt über Bildungsmittel zwischen den Minderjährigen und Erwachsenen aufrechterhalten wie Unterschiede zwischen den Gleichaltrigen. Allein schon an der altersbedingten Hierarchie einer jeden Gesellschaft scheitert die Utopie der Egalitären." Selbstverständlich ist der egalitäre Gedanke nach Schoeck auch nur vom Neid diktiert: "Die utopische Sucht nach einer egalitären Gesellschaft kann aber kaum einem anderen Motiv entsprungen sein als dem Unvermögen, mit dem eigenen Neid bzw. mit dem vermuteten Neid der noch weniger günstig situierten Mitmenschen fertig zu werden."

Schoeck kann den Sozialismus nicht als Emanzipation aus dem Neid verstehen, also als Weg vom hilflos-neidischen Hinnehmen nur scheinbar notwendiger Unterschiede zur aktiven Veränderung als unnötig erkannter Diskriminierung. Er kritisiert vielmehr den sozialen Fortschritt der vergangenen hundert Jahre als gefährliches Zugeständnis an den Neid der Unterklassen: "Selbst solche, die Utopien von einer klassenlosen Gesellschaft, vom reinen Sozialismus nie ernst genommen haben, sind im Laufe der letzten hundert Jahre zum Trugschluß verführt worden, den vermeintlich durch einmaliges Entgegenkommen stillbaren neidischen Gemütern in einer Gesellschaft käme eine kritische Rolle zu." Schoecks Quintessenz, ganz im Sinne des "Industriekuriers": "Es wäre an der Zeit aufzuhören, so zu tun, als ob der Neider für Wirtschafts- und Sozialpolitik maßgebend sei."

HINWEISE DER REDAKTION

GRIECHENLAND IM WIDERSTAND, eine Veranstaltung mit dem griechischen Lyriker Kostas Papanastasiou im Reichskabarett wird wegen des großen Interesses am Sonnabend, 10. August, 20. 30 Uhr, und dann jeden Donnerstag, Freitag und Sonnabend (jeweils 20. 30 Uhr) wiederholt bis Ende August.

DIE WOCHENZEITUNG STUDENT, Praha 1, Staromestke Nam, vermittelt junge Tschechoslowaken in die Bundesrepublik oder nach Westberlin. Die Zeitung hat eine Auflage von 80 000 und wird vorwiegend von jungen Leuten gelesen. Zahlreiche Leser äußerten den Wunsch nach Kontakten zu APO-Anhängern. Aufgrund der geltenden Bestimmungen wird die Ausreise CSSR-Bürgern nur beim Vorweisen einer schriftlichen Einladung gestattet.

EXTRA-DOKUMENTATION

VIETNAM: DIE VIER PHASEN DES UNTERGANGS VON KHE SANH

Die vernichtende Niederlage, die die amerikanischen Truppen im Kessel von Khe Sanh hinnehmen mußten, werden Historiker des Vietnam-Krieges wahrscheinlich mit dem Ausgang der Schlacht um Dien Bien Phu im französischen Indochinakrieg vergleichen. Die Niederlage der Amerikaner war nur weniger gewaltig, weil - angesichts der Erfahrungen der Franzosen - die Festung vorzeitig geräumt wurde. Trotzdem leitete die Aufgabe von Khe Sanh eine neue, vielleicht die letzte Phase des Vietnam-Krieges ein: Die Amerikaner

können jetzt den Nachschub aus Nordvietnam nicht mehr durch Bodenaktionen, sondern nur noch durch Luftangriffe stören. Der gesamte Norden mit Ausnahme des Küstengebietes um Hue ist jetzt in Händen der Befreiungsfront. - EXTRA-Dienst veröffentlicht nachstehend den Wortlaut des Berichts der Nationalen Befreiungsfront über den fast sieben Monate währenden Kampf um die Dschungelfestung in der Übersetzung der Mission der Befreiungsfront in der DDR: Die FNL spricht dabei von vier Phasen. Der Bericht:

1. ZERSTÖRUNG DES VERTEIDIGUNGSRINGES

Der Militärkomplex von Khe Sanh besteht aus drei Hauptstellungen, die ein Dreieck bilden, dessen Gipfel Lang Vay im Westen, Huong Hoa im Osten und Ta Con im Norden sind. Diese letzte Stellung ist von einer ganzen Reihe von Höhen umgeben, die von den amerikanischen Truppen verteidigt werden wie die Höhen 845, 832, 689, 552, 471 usw.

Der Militärunterabschnitt Huong Hoa und das Lager der Special Forces Lang Vay sind Schlüsselpositionen im amerikanischen Verteidigungssystem im Westteil der Straße Nr. 9, sie schützen die südöstliche und die südwestliche Seite von Ta Con. Huong Hoa liegt acht Kilometer von Ta Con entfernt und wird von drei Kompanien der Marionettenarmee unter dem Kommando der Amerikaner verteidigt, während Lang Vay, ebenfalls acht Kilometer von Ta Con entfernt, von ungefähr sechs amerikanischen und Marionettenkompanien besetzt ist, das sind ungefähr 1000 Soldaten, die in einem komplizierten System aus Befestigungen und Kasematten in Stellung liegen. Diese beiden Positionen haben die Unterstützung der amerikanischen Artillerie und Luftwaffe, darunter der Superbomber B 52. In der Nacht des 21. Januar 1968 gingen die Infantristen der Befreiungsarmee mit der Schnelligkeit und Feuerkraft eines Blitzschlages zum Sturm auf den militärischen Unterabschnitt Huong Hoa vor, während die Artillerie Ta Con und die umliegenden befestigten Punkte unter heftiges Feuer nahm. Am Morgen des 22. Januar war der Marktflecken Huong Hoa von der FNL vollständig befreit.

Etwa vierzehn Tage später, in der Nacht des 6. Februar, unternahmen die FNL-Infantristen einen neuen vernichtenden Sturmangriff, diesmal auf Lang Vay, und um 2 Uhr morgens am 7. Februar kontrollierten sie praktisch die Stellung. Mittags hißten sie die Fahne der FNL über Lang Vay, nachdem sie fünf feindliche Kompanien vernichtet hatten, das sind ungefähr 1000 Soldaten. Über hundert Soldaten der Special Forces der Amerikaner und Marionetten wurden gefangengenommen und 1000 Waffen erbeutet.

Nachdem sie diese beiden starken Festungen genommen hatten, begannen die Bewaffneten Volksbefreiungstreitkräfte mit der Belagerung von Khe Sanh, genauer von Ta Con und seinen befestigten Punkten.

2. DIE BELAGERUNG KHE SANHS

Ta Con, verteidigt von nahezu 10 000 amerikanischen Marines, war damit den Schlägen der FNL ausgesetzt. Von Panik ergriffen, zwang L. Johnson - der USA-Präsident und Oberkommandierende der amerikanischen bewaffneten Streitkräfte - die Generale des Pentagon, einen Eid abzulegen, diesen Stützpunkt um jeden Preis zu halten.

Die FNL verschärfte ihre Umklammerung des Stützpunktes, in dem sich die verschanzten Marines in ihren Kasematten praktisch von der Außenwelt abgeschlossen sahen, da alle Land-, Wasser- und Luftwege, die Ta Con mit anderen Stützpunkten verbinden, abgeschnitten oder bedroht waren. Während dieser Zeit waren fast alle anderen amerikanischen Stützpunkte an der Straße Nr. 9 ebenfalls belagert oder von der FNL bedroht.

Um sich zu verteidigen, setzten die amerikanischen Aggressoren eine Riesenmenge Bomben und Munition ein. Nach ihren Zahlenangaben warfen die strategischen Bomber B 52 allein in 60 Tagen bei 334 Angriffen im Kessel von Khe Sanh 54 000 Tonnen Bomben ab, während die taktischen Flugzeuge bei 17 731 Angriffen wenigstens 24 000 Tonnen Bomben abwarfen.

Doch ungeachtet dieses Feuer- und Stahlgewitters zog die FNL die Schlinge um die feindlichen Stützpunkte immer weiter zu und unternahm über tausend Angriffe. Der Flugplatz Ta Con war insbesondere Ziel der Artilleristen der FNL, die ihn in einen "Elektrischen Stuhl" verwandelte und so ihren Druck auf die einzige Verbindungsspitze der Belagerten mit der Außenwelt ausübte. Diesen fehlte es an allem, auch an Tagesrationen und Trink-

wasser. Andererseits zeichnete die Fliegerabwehr ständig ein dichtes Sperrfeuer in den Himmel, so daß auch den verwegenen amerikanischen Piloten Hören und Sehen verging. Während dieser Zeit trieben die Infanteristen pausenlos ihre Tunnel weiter bis an die Stacheldrahtverhaue der Amerikaner vor. Sie kämpften mitunter Mann gegen Mann, gaben vereinzelt Störfeuer, legten Sprengladungen. Vom 21. bis 23. Februar töteten allein die Scharfschützen nahezu 50 Feinde, die sich aus ihren unterirdischen Schutzgräben herausgetraut hatten. Die Panzerabwehrwaffen wurden bis vor die Tore des feindlichen Stützpunktes herangebracht.

Die erbittertesten Kämpfe waren die gegen die Feindtruppen, die Gegenangriffe in der Hoffnung unternahmen, die Umzingelung zu lockern. Im Laufe des Kampfes gegen zwei feindliche Kompanien, die versucht hatten, an der Südwestseite Ta Cons einen Ausbruch zu unternehmen, rieb ein FNL-Zug die eine von ihnen praktisch auf und dezimierte die andere. Der Feind ließ 150 Tote und Verwundete zurück, viele wurden gefangengenommen und eine große Menge Waffen wurde erbeutet.

Insgesamt setzte die FNL vom 21. Januar bis 31. März 4 900 Feinde außer Gefecht, davon 3309 amerikanische Aggressoren, und nahm 217 Amerikaner und Marionetten gefangen. Die FNL schoß ab oder zerstörte am Boden 298 Flugzeuge, zerstörte oder beschädigte 40 Waffen- und Munitionsdepots, 31 Geschütze und Mörser. Über 2000 verschiedene Waffen und Unmengen von Kriegsmaterial wurden erbeutet.

3. ENTSATZOPERATION "PEGASUS" GESCHEITERT

Anfang April, als sich die allgemeine Lage immer weiter verschlechterte, sammelten die Amerikaner zwei Brigaden der "First Cav" und die 3. taktische Gruppe der Marionettenfallschirmspringer, um die Operation "Pegasus" durchzuführen in dem verrückten Unterfangen, die Marines in Khe Sanh zu entsetzen. Ihre Streitkräfte, die sich auf über 10 000 Mann beliefen, wurden mit Hunderten von Flugzeugen und Geschützen unterstützt. Um die Landung der "Himmelsreiter" vorzubereiten, warfen die Bomber wahllos ihre Lasten über dem gesamten Talkessel ab. Doch der "Empfang", den die Bewaffneten Volksbefreiungstreitkräfte den "Rittern" bereiteten, war heiß. In fünf Tagen wurden etwa 800 amerikanische und Marionettensoldaten, die die Operation "Pegasus" durchführten, außer Gefecht gesetzt, und zwar in Gio Linh und Cam Lo, entlang der Straße Nr. 9. 20 schwere Militärfahrzeuge und 10 Flugzeuge wurden zerstört.

Während der ersten Apriltage mußten die Marines der USA, die versuchten, die Umklammerung zu sprengen, und die "Reiter", die die FNL von hinten nehmen wollten, harte Schläge einstecken. In den drei Tagen vom 3. bis 5. April wurden 1000 Feinde - in der Mehrzahl GIs - außer Gefecht gesetzt. Unter den vernichteten Einheiten befanden sich vier Kompanien der "First Cav".

Während dieser Zeit stellte die Artillerie der FNL unaufhörlich im kombinierten Angriffen mit der Infanterie oder in unabhängigen Angriffen gegen die Nachschubbasen der Operation "Pegasus" ihre Schlagkraft unter Beweis. Auch die Guerillas blieben nicht untätig; sie trugen viel zur Zerstörung der Verbindungswege und der Kriegsmittel des Feindes bei.

Von allen Seiten geschlagen und auf der Straße Nummer 12 (westlich von Hue) schwer bedroht, mußten die Aggressoren ihre "Himmelsreiter" aus Khe Sanh abziehen. Die Operation "Pegasus", die mit großem publizistischem Aufwand angekündigt worden war, endete sang- und klanglos.

Insgesamt hat die FNL während des Monats April an der Front von Khe Sanh 5000 Feinde außer Gefecht gesetzt, die entweder in Khe Sanh belagert wurden oder zu Hilfe eilen wollten. Sie vernichtete oder dezimierte zwei amerikanische Bataillone, eine taktische Fallschirmspringergruppe der Marionetten, 18 amerikanische Kompanien und eine Marionettenkompanie. Über 60 Flugzeuge wurden abgeschossen und über 30 Fahrzeuge und 10 Geschütze zerstört.

4. DIE AUFGABE KHE SANHS

Nach dem Scheitern der Operation "Pegasus" wurde die Lage der Amerikaner in Khe Sanh immer kritischer. In der Hoffnung, aus der Sackgasse herauszukommen und einer bereits

